

Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung — Ergebnisse einer Repräsentativbefragung des Jahres 1990 in den alten Bundesländern

Peter-Werner Kloas, Peter Sacks

Trotz der Entspannungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt und einer verbesserten Ausbildungsplatzbilanz in den alten Bundesländern ist ein nennenswerter Anteil von jungen Menschen in der jüngeren Vergangenheit ohne Berufsausbildung geblieben.

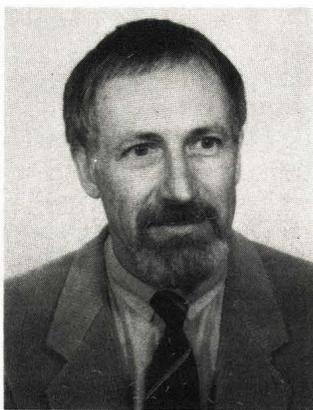
Fragen nach dem Umfang und den Ursachen dieser Entwicklung und den bildungspolitischen Konsequenzen, die zu ihrer Änderung notwendig sind, waren für den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Anlaß, eine Repräsentativbefragung von rund 1 800 jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren ohne Berufsausbildung beim EMNID-Institut in Auftrag zu geben. Zuzüglich wurden als Vergleichsgruppen gleichaltrige Personen mit/in Berufsausbildung befragt.

Der vorliegende Beitrag enthält eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung (im Gebiet der früheren Bundesrepublik). Ein ausführlicher Untersuchungsbericht wird demnächst veröffentlicht.

Hinzuweisen ist auf eine ergänzende Repräsentativbefragung von jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Sie wird vom Bundesinstitut für Berufsbildung durchgeführt (Projekt 1.507). Untersuchungsgruppen sind 20- bis unter 25jährige ohne Berufsausbildung sowie Teilfacharbeiter, deren Qualifikation nicht das Niveau anerkannter Ausbildungsberufe erreicht.



Dr. Peter-Werner Kloas
Diplom-Volkswirt/Diplom-Betriebswirt; Leiter der Abteilung „Qualifikationsstrukturen Berufsbildungsstatistik“ im Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin.



Peter Sacks
Ministerialrat im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; Leiter des Referats: Besondere Personengruppen in der beruflichen Bildung.

1. Anteil und Zusammensetzung der Gruppe der „Nichtqualifizierten“

In den alten Bundesländern ist von den 20- bis unter 25jährigen rund jeder Siebente ohne Berufsausbildung geblieben. 14,1 Prozent der Befragten — daraus berechnet sich eine Gesamtzahl von 680 000 bis 700 000 Personen in der entsprechenden Altersgruppe der Wohnbevölkerung — haben keinen Abschluß erreicht. Sie befinden sich nicht in einer Berufsausbildung

und sind auch nicht Schüler oder Studenten. Bei Männern (13,9 Prozent) und Frauen (14,3 Prozent) ist die Quote der „Nichtqualifizierten“ annähernd gleich.

Unter den ausländischen Befragten (Griechen, Italiener, Jugoslawen, Portugiesen, Spanier, Türken) sind 39 Prozent ohne Berufsabschluß geblieben, bei den Deutschen sind es zwölf Prozent. Noch größere Unterschiede treten beim Vergleich der Anteile von nicht formal Qualifizierten nach ihren schulischen Bildungsabschlüssen auf: 75 Prozent der Jugendlichen ohne

Hauptschulabschluß gelingt es nicht, eine berufliche Ausbildung abzuschließen. Bei den Befragten mit Hauptschulabschluß beträgt der Anteil 16 Prozent. Von den Realschulabsolventen (oder vergleichbare Abschlüsse) bleiben sechs Prozent ohne Berufsausbildung.

Zum Befragungszeitpunkt sind 66 Prozent der jungen Erwachsenen, die ohne Berufsausbildung geblieben sind, erwerbstätig — überwiegend als ungelernete Arbeiter oder Gelegenheitsarbeiter. Bei der Vergleichsgruppe (mit Berufsausbildung) ist die Erwerbstätigenquote mit 80 Prozent deutlich höher. Diese Unterschiede sind maßgeblich auf eine hohe Arbeitslosigkeit unter Nichtqualifizierten zurückzuführen (14 Prozent gegenüber drei Prozent bei denen mit Berufsabschluß) sowie auf einen ebenfalls überproportionalen Anteil, der eine Tätigkeit als Hausfrau/-mann nennt (acht Prozent gegenüber zwei Prozent in der Vergleichsgruppe).

Unter Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung ist Teilzeitarbeit deutlich häufiger verbreitet (14 Prozent) als unter Erwerbstätigen mit Abschluß (drei Prozent). Hier (21 Prozent) wie dort (fünf Prozent) stellen Frauen das Gros der Teilzeitarbeitskräfte. Ungelernte Arbeitnehmer müssen auch häufiger befristete Arbeitsverhältnisse eingehen (20 Prozent) als Erwerbstätige mit Berufsabschluß (13 Prozent). Eine Tätigkeit in einem Unternehmen für Leiharbeit üben acht Prozent der Ungelernten aus gegenüber zwei Prozent in der Vergleichsgruppe.

Die Mehrzahl (56 Prozent) der jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung gab an, in oder nach der Schulzeit keine berufliche Ausbildung nachgefragt zu haben. Sie mündeten in der Regel unmittelbar in Ungelerntentätigkeiten ein oder waren arbeitslos.

Während bei Deutschen mehr Frauen (59 Prozent) als Männer (49 Prozent) sich nicht um eine Ausbildung bemühten, sind es bei Aus-

ländern mehr Männer (66 Prozent) als Frauen (60 Prozent).

Von den 20- bis unter 25jährigen ohne Berufsausbildung fragten 42 Prozent eine Ausbildung nach (weitere zwei Prozent machten keine Angaben). Annähernd die Hälfte davon (19 Prozent) hatte mit ihren Bewerbungen keinen Erfolg. 23 Prozent – also rund ein Viertel der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung – haben eine Ausbildung (betrieblich oder vollzeitschulisch) begonnen, diese dann aber ersatzlos abgebrochen.

2. Nichtnachfrage und Nichtaufnahme einer Berufsausbildung

Die Gründe für eine Nichtnachfrage nach Ausbildungsplätzen werden stark von den Eingangsvoraussetzungen der Befragten und den (damaligen) Engpässen auf dem Ausbildungsmarkt überlagert. Mit Antworten wie „schlechte Zeugnisse/Tests“ (35 Prozent) und „kein Ausbildungsplatz bekommen“ (22 Prozent) standen solche Gründe oben an, die mit einer eingeschränkten individuellen Konkurrenzfähigkeit auf dem Ausbildungsmarkt zusammenhängen. Mit Gründen wie „keine Lust mehr zum Lernen“ und „wußte nicht, was ich werden sollte“ wurden aber Motivations- bzw. Orientierungsprobleme fast ebenso häufig genannt. Auch finanzielle Gründe („mußte Geld verdienen“) und Veränderungen im familiären Bereich („wollte heiraten“, „Schwangerschaft“) spielen eine wichtige Rolle.

Die (vorweggenommenen) schlechteren Konkurrenzbedingungen standen stärker für Befragte ohne Hauptschulabschluß im Vordergrund, ebenso mangelndes Selbstvertrauen und Motivation zur Ausbildung. Demgegenüber war Orientierungslosigkeit insbesondere unter Realschulabsolventen verbreitet. Familiäre Gründe wurden häufiger von Frauen als von Männern genannt, hier insbesondere

von ausländischen Frauen/Mädchen, die scheinbar besonders der Anforderung unterliegen, im Haushalt der Eltern mitzuarbeiten oder zugunsten des Partners auf eine eigene Ausbildung zu verzichten.

Der hohe Anteil an jungen Erwachsenen, die von sich aus auf eine Ausbildung verzichtet hatten, aber auch die Begründungsmuster für dieses Verhalten lasse deutlich werden, daß für diese Gruppe neben eine ausreichende Versorgung mit Ausbildungsplätzen zusätzliche Motivierungs- und Informationsmaßnahmen treten müssen. Die häufigen Begründungen, die aus dem familiären Umfeld der jungen Erwachsenen resultieren (Geldsorgen, Heirat/Schwangerschaft, erforderliche Mitarbeit im Haushalt) zeigen, daß darüber hinaus auch praktische Hilfen gefragt sind, die eine Ausbildung trotz familiärer „Anforderungen“ ermöglichen.

Anders als bei Nichtnachfragern kann bei erfolglosen Nachfragern nicht von einer mangelnden Motivation gesprochen werden. Im Gegenteil scheint diese Gruppe hochmotiviert zur Ausbildung. Das schlägt sich unter anderem darin nieder, daß von ihnen wesentlich mehr Instanzen (Arbeitsamt u. a.) im Rahmen der Ausbildungsplatzsuche bemüht werden als beispielsweise von erfolgreichen Nachfragern. Auch die Anzahl der Betriebe, bei denen um Ausbildungsplätze nachgefragt wurde, liegt bei dieser Gruppe deutlich höher (elf Betriebe) als bei Befragten mit Berufsabschluß (acht Betriebe). Das Scheitern scheint mehr auf die ungünstigeren Konkurrenzbedingungen dieser Gruppe zurückzuführen zu sein (Schulabschlüsse, Ausbildungsplatzangebot) und auf das Auswahlverhalten der Betriebe (Geschlecht, Nationalität).

Bildungspolitische Maßnahmen können an den Ausschlusskriterien ansetzen, indem sie versuchen, über die Verbesserung der schulischen Vorleistungen, der vorberuflichen Bildung und einer früh ein-

setzenden berufs- und sozialpädagogischen Beratung und Betreuung den Eintritt in eine Berufsausbildung und die Konkurrenzbedingungen der betroffenen Jugendlichen zu verbessern.

3. Ausbildungsabbruch

Gemessen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ist davon auszugehen, daß rund jede zwanzigste betriebliche Ausbildung ersatzlos abgebrochen wird (Vertragslösungen mit späterem Wechsel in eine andere Ausbildung oder in Schul-/Hochschulbildung sind darin nicht enthalten). Während bei männlichen und bei weiblichen Auszubildenden die Abbruchquote gleich ist, sind Hauptschüler ohne Abschluß und Sonderschüler sowie ausländische Jugendliche deutlich überrepräsentiert.

Ließe sich mit Hinblick auf die Zusammensetzung der Gruppe der Ausbildungsabbrecher (weniger gute schulische Voraussetzungen, höherer Ausländeranteil) vermuten, daß diese Gruppe wesentlich häufiger als die Vergleichsgruppe mit Abschluß ausbildungsbegleitende Hilfen in Anspruch nehmen konnte, so ist das Gegenteil der Fall: Ausbildungsabbrecher wurden seltener in beruflichen Fragen beraten und erhielten weniger Unterstützung in Fachtheorie.

Es spricht einiges dafür, daß Ausbildungsabbrecher stärker dem Anpassungsdruck des Ausbildungsmarktes unterlegen sind, als Jugendliche, die ihre Berufsausbildung abschließen können. So war die Bewerbungsphase bei ihnen mit ca. elf Monaten um vier Monate länger als bei Jugendlichen mit Berufsabschluß.

Die Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe ist bei Abbrechern weitaus stärker als bei der Vergleichsgruppe: Abbrecher sind in der Regel auf Berufe verwiesen, die sich durch kleinbetriebliche Strukturen auszeichnen (bei Män-

nern Kfz-Mechaniker, Tischler, Maler und Lackierer, Bäcker, Koch, Fleischer und Bauberufe; bei Frauen insbesondere Friseurin und Verkäuferin). Obwohl Betriebsgröße und Spezifika der Ausbildungsberufe (z. B. schulische Vorbildung der Jugendlichen) sich gegenseitig bedingen, deutet dieses Ergebnis darauf hin, daß kleinbetriebliche Ausbildungsstrukturen insofern das Abbruchrisiko erhöhen, als bei sich anbahnenden Konflikten zwischen Auszubildenden und Lehrpersonal/Betriebsinhaber kaum innerbetriebliche Ausweichmöglichkeiten (wie etwa in Großbetrieben) bestehen. Eine größere Zahl von Ausbildungsabbrüchen ließe sich wahrscheinlich vermeiden, wenn für Jugendliche speziell aus kleineren Betrieben, deren Ausbildung dort nicht fortgesetzt werden kann, außerbetriebliche „Auffangmöglichkeiten“ — beispielsweise im Rahmen der Benachteiligtenförderung — geschaffen würden.

Positive Effekte dürften Maßnahmen haben, die an den häufiger genannten Abbruchgründen ansetzen: Die (Klein-)Betriebe benötigen Beratungshilfen, um Konflikte zwischen Jugendlichen und Ausbildern zu lösen, bevor es zum Abbruch kommt (mit 30 Prozent der Nennungen werden „Schwierigkeiten mit Ausbildern“ als Haupt-Abbruchgrund gesehen).

Notwendig ist — besonders für weibliche Auszubildende — eine Unterstützung bei Schwierigkeiten im familiären Umfeld. Jede dritte Abbrecherin zog sich wegen familiärer Probleme von der Ausbildung zurück. Allein 14 Prozent brachen ihre Ausbildung aufgrund einer Schwangerschaft ab. Auch ein breiteres Ausbildungsplatzangebot und eine bessere Berufsinformation/Beratung über Ausbildungsinhalte und Ausbildungsumstände könnte bestimmte Abbruchgründe (Beruf nicht Wunschberuf, gesundheitliche Gründe) entschärfen (18 bzw. 17 Prozent der Nennungen). Ernst zu nehmen ist auch das Ergebnis, wonach 17 Prozent die Ausbildung aufgeben, weil die

Ausbildungsvergütung keine ausreichende materielle Versorgung (auch Kinder, Familie) zuläßt. Die Fortsetzung der Ausbildung muß für diesen Personenkreis finanziell attraktiver sein als z. B. Gelegenheitsjobs.

Wenig Effekt dürfte demgegenüber eine Senkung des Anspruchsniveaus in der Fachtheorie haben: Probleme in der theoretischen Ausbildung werden erst an nachgeordneter Stelle genannt. Bei Abbrecherinnen rangieren Schwierigkeiten in der Fachpraxis sogar noch vor Schwierigkeiten in der Fachtheorie. Erforderlich sind zielgruppengerechte Vermittlungsformen von Fachtheorie (und Fachpraxis).

4. Bereitschaft zur Nachqualifizierung

42 Prozent der „Nichtqualifizierten“ sind unter bestimmten Bedingungen zu einer nachträglichen Berufsausbildung bereit. Motiviert sind besonders diejenigen, die schon am Anfang ihres Berufslebens eine Ausbildung nachgefragt hatten, aber keinen Ausbildungsplatz erhielten. 66 Prozent sind hier noch an einer Ausbildung interessiert (bei den Abbrechern äußern sich in gleicher Weise 43 Prozent, bei den ehemaligen Nichtnachfragern 33 Prozent).

Unter der Voraussetzung, daß ein Ausbildungsabschluß begleitend zur Berufstätigkeit möglich wäre (z. B. über die Externenprüfung) ließen sich weitere zehn Prozent der Untersuchungsgruppe für eine Nachqualifizierung gewinnen. Dieser Weg sollte stärker gefördert werden.

Auf die Berufe angesprochen, in denen man gern eine Ausbildung beginnen würde, zeigt sich keine dermaßen große Konzentration auf Einzelberufe, wie unmittelbar nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule. Offensichtlich kommt es im Zuge des Erwerbslebens zu einer deutlichen Erweiterung der Be-

rufsvorstellungen und des eigenen Selbstbewußtseins. Die Bereitschaft, in mehr oder minder unbekannte Berufsfelder zu wechseln, ist relativ hoch: so nannten 60 Prozent der Nachqualifizierungsbereiten einen Beruf, in dem sie noch nicht gearbeitet hatten (insbesondere Realschulabsolventen mit 66 Prozent; Frauen 65 Prozent und Ausländerinnen mit 76 Prozent).

In einem Fragenkomplex wurden die Ausbildungsinteressierten gebeten, sich über die Bedingungen einer nachträglichen Berufsausbildung zu äußern: Als „notwendig“ wurden genannt:

Interesse am Ausbildungsberuf	48 Prozent
leichte Übernahme/neuer Arbeitsplatz	33 Prozent
soviel Geld verdienen, wie jetzt	27 Prozent
Unterstützung in Fachtheorie	23 Prozent
Anrechnung auf die Arbeitszeit	20 Prozent
genügend Zeit für die Familie	17 Prozent
Nähe des Ausbildungsbetriebes	16 Prozent
Unterstützung in Mathematik	15 Prozent
Unterbringung der Kinder	13 Prozent
Sprachkurse	10 Prozent
Verbleib im jetzigen Betrieb	10 Prozent

Neben dem verständlichen Wunsch nach einem interessanten und zukunftssicheren Beruf sind es besonders die finanzielle Absicherung und die fachlich-didaktische Unterstützung, die als notwendig erachtet werden.

Maßnahmen zur Nachqualifizierung müssen auf die beruflichen, familiären und sozialen Bedingungen eingehen, unter denen diese Gruppe lebt. Finanzielle Absicherung der Ausbildung und eine Kombination von Beschäftigung und Ausbildung sind die Schlagworte, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden müssen.